

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
Sehr geehrte Stadtverordnete,
Sehr geehrte Gäste,

wir stehen heute hier, um eine Entscheidung zu treffen, die längst überfällig ist. Gemeinsam mit der CDU-Fraktion beantragt die Freie Wählergemeinschaft die Einrichtung eines „**Ausschusses für Kinder, Jugend und Senioren**“ für die Dauer dieser Legislaturperiode.

Manch Einer wird sich erinnern: Bereits im Mai 2021 haben wir als FWG den Antrag gestellt, einen eigenen Sozialausschuss zu bilden. Wir waren damals überzeugt – und sind es heute mehr denn je –, dass die sozialen Belange unserer Kinder, Jugend und Senioren eine starke parlamentarische Bühne brauchen.



Marcus Erler

Leider fand unser Antrag in 2021 keine Mehrheit. Mit einem Änderungsantrag zu unserem Antrag wurde die in den letzten 5 Jahren tätige „Sozialkommission“ gegründet. Ein Kompromiss wie wir finden; aber in einer Demokratie mit wechselnden Stärkeverhältnissen nicht ungewöhnlich. Die Bilanz der letzten Jahre hat gezeigt:

Diese Arbeit ist von hoher Wichtigkeit. Die Struktur einer Kommission jedoch bei weitem nicht ausreichend. Warum sehen wir das so?

Es zeigte sich:

- **Mangelnde Kontinuität:** Die Kommission hat lediglich zweimal im Jahr getagt. Das ist bei der Komplexität sozialer Themen schlichtweg zu wenig
- **Fehlende Nachhaltigkeit:** Durch wechselnde Teilnehmer in den Sitzungen ging Wissen verloren, und eine nachhaltige politische Bearbeitung der Themen war dadurch schwierig.
- **Datenblindheit:** Es gab keine strukturierten Daten, die erst durch die Verwaltung in einen s.g. Sozialbericht zusammengestellt wurden. Sie erinnern sich sicherlich, dass unsere Fraktion diesen Bericht bei sich jeder bietenden Möglichkeit als Datengrundlage zitiert hat. Dieser Sozialbericht – von der Verwaltung in mühevoller Arbeit erstellt, verdient es aktualisiert zu werden. Denn er muss bei Bedarf als Grundlage für politische Entscheidungen herangezogen werden können.
- **Ineffizienz im Hauptausschuss:** Weil es kein Fachgremium gab, mussten soziale Themen im Haupt- und Finanzausschuss mitbehandelt werden. Die Folge waren lange Sitzungszeiten bis spät in die Nacht. Ein Fach-Ausschuss hätte diese Themen fachlich fundiert vorberaten und den Haupt- und Finanzausschuss deutlich entlasten können.

Eine Kommission hinter verschlossenen Türen ohne die nötige Verbindlichkeit reicht nicht aus, um den demografischen Wandel und die Herausforderungen in der Kinderbetreuung und Jugend- und Seniorenarbeit zu bewältigen.

Was wir brauchen, ist „parlamentarische Schlagkraft“. Ein regulärer Ausschuss bietet:

- **Transparenz:** Durch öffentliche Sitzungen rücken die sozialen Themen direkt in das Blickfeld unserer Bürger
- **Verbindlichkeit:** Er ist direkt in die Entscheidungsprozesse der Stadtverordnetenversammlung eingebunden.
- **Fokus:** Wir schaffen eine klare Struktur für die anstehenden sozialen Aufgaben der nächsten fünf Jahre.

Manch einer mag fragen: „Was ändert sich durch einen Ausschuss?“

- Ein Ausschuss tagt öffentlich. Wir holen die Themen Kinderbetreuung, Jugendhilfe und Seniorenhilfe aus dem Hinterzimmer direkt ins Plenum
- Ein Ausschuss ist ein fest installiertes Organ unserer Stadtverordnetenversammlung mit klaren Kompetenzen und der Pflicht zur Vorberatung. Das schafft die notwendige Verbindlichkeit.
- Im neuen Ausschuss stehen soziale Themen im Zentrum. Hier können wir die Bevölkerungsstruktur, den Wohnraum oder auch die Kindergartenbedarfsplanung vorbereitend bewerten.

Wir schlagen vor, diesen Ausschuss zunächst für die Dauer der neuen Wahlperiode einzurichten. Dies gibt uns die Chance, die Effektivität dieser Struktur objektiv zu evaluieren.

Lassen Sie uns der soziale Politik in Gudensberg den Stellenwert geben, den sie verdient!

Wir geben mit diesem Antrag den sozialen Themen in Gudensberg die professionelle Struktur, die sie benötigen.

Vielen Dank.